



**LANDESZENTRALE FÜR
POLITISCHE BILDUNG
SCHLESWIG-HOLSTEIN**

Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein
Kehdenstr. 27
24103 Kiel
Tel. 0431/988-5937
E-Mail: info@lpb.landsh.de
Internet: www.politische-bildung-sh.de

Kiel, 29. November 2011

Per Mail an bildungsausschuss@landtag.ltsh.de

**Stellungnahme der Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein
zum Entwurf des Weiterbildungsgesetzes Schleswig-Holstein (WBG), Drs.
17/1854**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

für die Gelegenheit, zum Gesetzentwurf eines Weiterbildungsgesetzes SH Stellung zu nehmen, bedanken wir uns.

Es ist aus der Sicht der Landeszentrale grundsätzlich zu begrüßen, dass ein solches Gesetz für Schleswig-Holstein geschaffen wird. Die vorgelegte Fassung ist eine Novelle des geltenden BFQG und beschränkt sich auf wenige Änderungen. Der Fokus des Gesetzentwurfes liegt auf der beruflichen und betrieblichen Weiterbildung. Dementsprechend spielt die politische Bildung nur eine untergeordnete Rolle. Dennoch erlauben wir uns, auf einen Aspekt

hinzuweisen, der unseres Erachtens negative Auswirkungen auf die politische Bildungsarbeit im Lande hat.

Die Landeszentrale für politische Bildung arbeitet seit ihrer Ansiedlung beim Landtag (1. Januar 2011) daran, ein Netzwerk politische Bildung in Schleswig-Holstein aufzubauen und eng mit den verschiedenen Anbietern politischer Bildung zu kooperieren. Eine erste Konferenz des Netzwerks hat im Juni d.J. stattgefunden. Dabei und auch im Rahmen des von der Europa-Union initiierten parlamentarischen Abends der politischen Bildung im September d.J. ist deutlich geworden, dass insbesondere die Bildungsstätten, aber auch andere Träger der politischen Bildung in Schleswig-Holstein von aktuellen Kürzungen der staatlichen Zuschüsse zunehmend existentiell betroffen sind. Auch die Landeszentrale für politische Bildung hat zwei Stellen des Höheren Dienstes abgeben und die Kürzung der sächlichen Haushaltsmittel verkraften müssen. Die Anbieter und Träger der politischen Bildung leisten also bereits jetzt einen nennenswerten Beitrag zur unbestritten notwendigen Sanierung der Haushaltssituation des Landes.

Vor diesem Hintergrund und den aktuell wieder augenfällig gewordenen Herausforderungen für die politische Bildung zur Stärkung unserer Demokratie ist insbesondere die geplante Gebührenpflicht des Anerkennungsverfahrens von Veranstaltungen der Bildungsfreistellung eine weitere Belastung. Die steigenden Kosten müssten wiederum auf die Beiträge der Teilnehmer umgelegt werden. Somit würde die individuelle Hürde, eine politisch bildende Veranstaltung zu besuchen, erneut erhöht.

Wir bitten daher den Schleswig-Holsteinischen Landtag, analog zu Hamburg, zwischen gemeinnützigen und kommerziellen Angeboten der Weiterbildung zu unterscheiden und folglich die Anerkennung von Veranstaltungen zur politischen Bildung von der geplanten Gebührenpflicht auszunehmen. Dies wäre ein wichtiges Signal für die besondere Bedeutung politischer Bildung in unserer Demokratie und für unser Land.

Mit freundlichen Grüßen

Annette Wiese-Krukowska M.A.

Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung